

KATALIN GENNBURG UND ISABELLE VANDRE

BAUAUSSTELLUNG ODER KOOPERATIVE RAUMPRODUKTION?

LINKE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK IN BERLIN UND BRANDENBURG 2021

Die Architektenkammern Berlin und Brandenburg wollen im Rahmen einer Internationalen Bauausstellung (IBA) 2020–2030 die Hauptstadtregion in den Blick nehmen. Doch in der stadt- und raumplanerischen Praxis ist es Zeit für einen Paradigmenwechsel. Kooperative Raumproduktion und selbstbestimmte Aneignungsprozesse von unten werden längst vielerorts praktiziert. Sie müssen gestärkt und über die Landesgrenzen zwischen Berlin und Brandenburg hinweg entwickelt werden, anstatt sie im Rahmen einer gemeinsamen IBA durch alte Denkmuster zurückzudrängen.

1 BAUAUSSTELLUNGEN UND IHR HISTORISCHES ERBE

Die erste Internationale Bauausstellung fand 1901 auf der Mathildenhöhe in Darmstadt statt. Damals war es der Großherzog, der durch die Bereitstellung von Land den Bau einer Künstlerkolonie ermöglichte. Hier sollten neue Lebens-, Arbeits- und Wohnformen präsentiert werden. Seit dieser ersten IBA blicken wir auf ein Jahrhundert solcher Ausstellungen zurück. Dabei ist das Erbe dieser Bauausstellungen, insbesondere für Linke, also auch linke Städtebauer*innen und Stadtforscher*innen, Anlass zu kritischer Auseinandersetzung.

Bauausstellungen stehen in der Tradition der großen Weltausstellungen, wie wir sie seit dem 19. Jahrhundert kennen. So wurden etwa 1851 in London während der ersten Weltausstellung der Crystal Palace im Hyde Park gebaut und 1889 der Eiffelturm in Paris. In Berlin erinnern uns das Gartendenkmal Treptower Park, die etlichen Baudenkmale in seiner nahen Umgebung sowie die Archenholdsternwarte an die bekannteste und größte Gewerbeausstellung 1896 in Treptow. Erst 2018 widmete sich eine Ausstellung im Bezirksmuseum der kaum bekannten Geschichte der «1. Deutschen Colonial-Ausstellung», die in diesem Rahmen stattfand und bei der das Deutsche Reich mehr als 100 Menschen als lebende Objekte zur Schau stellte.

Die Bauausstellungen sind ebenso wie der Städtebau und die Stadtentwicklungspolitik immer Zeugnis der Gesellschaftsgeschichte. Es stellt sich deshalb die Frage: Wessen Geschichte wird erzählt und auf welche Weise? Es gibt aus linker Perspektive eine einzige IBA, die nicht die Geschich-

te der vermeintlichen Gewinner*innen in den Mittelpunkt gestellt und die die ausgestellten Bauten nicht im Stile von Werbeartikeln präsentiert hat, nämlich die IBA Emscher Park 1989–1999. Sie sah ihre Aufgabe darin, den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu begleiten, und war insofern vom Untergang der Kohleindustrie und ihrem zerstörerischen Erbe geprägt: jahrzehntealte Schloten, Umweltkatastrophen durch die Kohlegewinnung, unterirdische Fragmentierung und Erdbehrschgefahren sowie die enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise durch den Wegfall des dominierenden Arbeitssektors im größten Bundesland der Bundesrepublik. Die IBA Emscher Park entwarf eine städtebauliche Perspektive für die schrumpfende Region Ruhr nach dem Ende des Bergbauzeitalters und für eine neue Ära nach der Industrialisierung. Damit stellte diese IBA auch die Systemfrage und verband Fragen der Postwachstumsgesellschaft mit denen des Städtebaus und der Raumordnung.



2 BERLIN, BRANDENBURG UND DIE IBA – FRÜHER UND HEUTE

Berlin schaut auf zwei große Bauausstellungen in der Nachkriegszeit zurück: die Interbau 1957 und die IBA 1987. Seit bald zwei Jahrzehnten gibt es immer wieder Anläufe, eine neue IBA in Berlin zu veranstalten. Hierin findet sich allerdings schon der eigentliche Skandal: Während es nicht einmal gelingt, das Erbe der vergangenen nachhaltig zu sichern und die Bauten der IBA 1987 für Spekulationspreise die Besitzer*innen wechseln, wird zwar über eine neue Bauausstellung diskutiert, nicht aber über das Erbe der vergangenen und was sich daraus lernen ließe.

In Brandenburg fand zwischen 2000 und 2010 die IBA Fürst-Pückler-Land statt, die ein Instrument zur Begleitung des Strukturwandels in der Lausitz war. Zwar konnte für die 30 Einzelprojekte, wie die Gartenstadt Marga oder die Slawenburg Raddusch, eine individuelle Perspektive geschaffen werden, doch der Gesamtblick auf die Lausitz und die Bedarfe der in der Region lebenden Menschen, die fortgesetzt und insbesondere im nächsten Jahrzehnt mit fundamentalen Veränderungen konfrontiert sind, fehlte. Hier helfen keine Beispielprojekte – auf den Tisch muss eine zivilgesellschaftlich entwickelte Gesamtperspektive.

Wenn die Architektenkammern Berlin und Brandenburg jetzt eine neue IBA auf die Agenda setzen, müssen wir fragen: Wie soll sie aussehen und für wen wird sie veranstaltet?

«Wir geben euch die Stadt zurück!» ist das Versprechen, das die Berliner LINKE inhaltlich über die Stadtgrenzen hinaus trägt und das ihren politischen Entscheidungen die Richtung weist. Mit drei großen stadtentwicklungspolitischen Volksentscheiden und einem laufenden Volksentscheid zur Vergesellschaftung von (spekulativ bewirtschaftetem) Wohnraum, der ehemals in öffentlichem Eigentum war, ist die Bewegung, die für eine gerechtere Stadt kämpft, in Berlin sehr stark. Auch wenn sich die Strukturen in Brandenburg auf den ersten Blick fundamental von jenen in Berlin unterscheiden, so gilt auch für suburbane und ländliche Regionen: DIE LINKE erhebt den Anspruch, den Menschen Entscheidungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zurückzugeben, um ein gutes Leben in allen Landesteilen führen zu können.

→ Zentrale Anliegen linker Stadt- und Regionalpolitik sind im Jahr 2021 in Berlin und Brandenburg, die Verfügbarkeit von Grund und Boden für das Gemeinwohl zu steigern sowie Perspektiven dazu zu entwickeln, wie die finanzmarktgetriebene Spekulation mit Boden und Wohnraum auf Landesebene wenigstens eingehegt bzw. wie der kapitalistische Verwertungskreislauf unterbrochen werden kann. In Berlin und im Speckgürtel geht es inzwischen um jedes einzelne Haus und seine Mieter*innen. Kommunale Vorkaufsrechte und eine soziale Bodenpolitik – mit öffentlichen Bodenfonds, Bodenbevorratung oder einem Agrarstrukturgesetz, wie es in Thüringen derzeit entwickelt wird – sind die Dreh- und Angelpunkte der sozialen Stadt- und Regionalpolitik.

Ist Verteilungsgerechtigkeit das Ziel, muss die Eigentumsfrage gestellt werden – für ein gutes Leben für alle, in Stadt und Land! Wir brauchen keine neuen Werbebotschaften für Anleger*innen und Investor*innen weltweit. Stattdessen muss die kommunale Handlungsmacht gestärkt und der neoliberale Ausverkauf der Städte und Gemeinden gestoppt werden!

3 STÄDTEBAU UND STADTPOLITIK, ZUKUNFT DORF UND KOMMUNALPOLITIK – QUO VADIS?!

Welche Themen müssen also auf den Tisch, damit eine zeitgemäße IBA überhaupt möglich wird? Wie hat Stadtentwicklungspolitik sich verändert und wer betreibt heute überhaupt noch Städtebau?

Wenn wir im Jahr 2021 über eine IBA in Berlin und Brandenburg sprechen, dann kommen wir an 30 Jahren Ausverkauf des Öffentlichen und Finanzialisierung der Daseinsvorsorge nicht vorbei. Heute stellt sich mehr denn je die Frage: Wer betreibt überhaupt Städtebau und «Wer plant die Planung»?¹ Kommunale Handlungsmacht entfaltet sich über

Stadtplanung, doch unterbesetzte Stadtplanungsämter geraten – nach Jahren der kommunalen Austeritätspolitik und des Sparzwangs – immer öfter in Konflikt mit Investorenplanungen und Großprojekten in sogenannten Boomregionen. Das ist seit Jahren Standard in Berlin und Brandenburg und geht zulasten der Sicherung des öffentlichen Interesses. Damit muss Schluss sein!

Mit der Ära des Betongoldes, die mit der europäischen Finanzkrise vor mehr als zehn Jahren begann, haben sich die Eigentumsverhältnisse unserer Wohnhäuser ebenso verändert wie die Bereitschaft der Berliner Mieter*innen, sich etwa mithilfe eines Volksentscheids über die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne zur Wehr zu setzen. Die Forderung einer Rückaneignung der Stadt wird nicht nur von stadtpolitischen Initiativen erhoben, sondern kommt auch in Bodenankäufen und einer deutlich entschlosseneren Vorkaufsausübung durch den Berliner Senat zum Ausdruck. Diese neue Idee von Rückaneignung von städtischen Gemeingütern hat sich auf Bundesebene leider noch nicht so stark durchgesetzt, und immer wieder konterkarieren Bundesbehörden neue Wege der Gemeinwohlorientierung in der Stadtpolitik – etwa die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) –, wenn es um Grundstücke oder Sozialwohnungskontingente in der Bundeshauptstadt geht.

Wenn wir heute über eine IBA sprechen, dann dürfen wir über die Platzbesetzungen in etlichen Ländern Südeuropas im Zuge der Eurokrise und die damit eingeläutete Ära eines neuen Munizipalismus nicht schweigen. Seit Jahrzehnten organisieren sich Menschen weltweit im Zeichen eines Rechts auf Stadt und treten in Stadtteilinitiativen, Nachbarschaftsprojekten und neuen Genossenschaftsbewegungen für die Rückeroberung des Öffentlichen und eine neue Stadtpolitik von unten ein.

Wenn wir heute über das Bauen sprechen, dann können wir über die Klimakrise nicht schweigen. Allein die Zementindustrie ist für acht Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.² Im weltweit boomenden Bausektor herrschen Arbeitsverhältnisse ohne Würde und sklavenähnliche Arbeitsbedingungen. Auch in Berlin, wie das Beispiel der Mall of Berlin («Mall of Shame») zeigt.

Wenn wir heute über Wohnen sprechen, dann müssen wir alle Bereiche des Lebens in den Blick nehmen. Hunderttausende Menschen pendeln täglich zwecks Lohnarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Was wir erleben ist, dass in den neu entstehenden Quartieren ebenso wie in ländlich geprägten Gegenden die kulturelle und soziale Infrastruktur auf der Strecke zu bleiben droht. Doch Leben bedeutet mehr, als zum Schlafen nach Hause zu kommen. Leben bedeutet, dass zahlreiche Möglichkeiten sozialer Interaktion zur Verfügung stehen. Es bedeutet, sich Raum selbst aneignen und gestalten zu können – ob im Jugendclub, im Nachbarschaftsgarten, im Kulturzentrum oder in der Dorfkneipe.

Wenn wir heute über Berlin und Brandenburg sprechen, dann tun wir das vor dem Hintergrund des Jahrzehnte währenden Versuchs, das Verhältnis zwischen den beiden Bundesländern zu definieren. Nach der gescheiterten Länderfusion 1996 wurde die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg zu Recht an vielen Stellen intensiviert. Einen Großteil der Fragen, etwa der Verkehrsinfrastruktur, können wir nur gemeinsam angehen. An vielen Punkten, wie zum Beispiel beim Umgang mit der Wohnungsspekulation à la «Deutsche Wohnen», die sich längst auch in Brandenburg breitgemacht hat, müssen Berlin und Brandenburg

voneinander lernen und gemeinsam für die Interessen der Mieter*innen eintreten. Darüber hinaus ist Brandenburg selbstredend mehr als der erweiterte Metropolenraum Berlins und besitzt eigene, über Berlin hinausreichende Verflechtungsbeziehungen, etwa in Richtung Leipzig, Hamburg oder mit Polen, deren spezifische Dynamiken und eigenständige Gestaltungsspielräume Anerkennung finden sollten.

4 WORÜBER SPRICHT BRANDENBURG?

- Berliner Lifestyle versus Brandenburger Scholle? Brandenburg ist weder ein Naherholungsgebiet für genervte Städter*innen noch ein romantisch verklärter Kreativraum. Auch in Brandenburg geht es um nicht weniger als die Verteilungsfrage: Wer kann sich welches Leben wie lange, wo und zu welchen Konditionen noch leisten? Wie schaffen wir es, dass nicht der Wohnort darüber entscheidet, welchen Zugang Menschen zu demokratischer Teilhabe, Kulturräumen oder der Dorfkneipe haben? Die Antwort kann nur eine am Gemeinwohl orientierte sein. Egal ob Hauptstadt, suburbane Umlandgemeinde, Mittelzentrum oder Dorf: Überall ist eine gute öffentliche Infrastruktur die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.
- Spekulation mit und Ausverkauf von Grund und Boden greifen auch in Brandenburg um sich. Immer mehr Flächen fallen so der kapitalistischen Verwertungslogik zum Opfer und stehen nicht für regionale Landwirtschaft, öffentliche Nutzungen oder eben für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung. Hier gilt es, entschlossen gegenzusteuern – mit einem Verkaufsstopp für öffentliche Flächen, einem Landesbodenfonds, kommunalen Vorkaufsrechten und einer Regulierung von «Share Deals».
- Seit Jahren ist die Sozialbindung für Wohnraum in Deutschland rückläufig. Auch in Brandenburg konnte das Wohnraumförderprogramm den steigenden Bedarf nur teilweise kompensieren. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Denn während die Anzahl derjenigen, die einen Wohnberechtigungsschein erhalten können, steigt, schwindet die Anzahl der mietpreisgebundenen Wohnungen. Was wir brauchen, ist eine neue Sozialwohnraumoffensive, die unbefristet wirksam ist.
- Mietsteigerungen von über 30 Prozent in den letzten Jahren, Leerstand unter einem Prozent – das sind nicht mehr allein Phänomene des sogenannten Berliner Speckgürtels. Sie treffen Brandenburger Kleinstädte inzwischen genauso wie unmittelbar an Berlin angrenzende Kommunen. Deshalb müssen auch hier das Recht auf Wohnen, eine neue Wohngemeinnützigkeit sowie die Nutzung und Erweiterung des ordnungspolitischen Werkzeugkastens der Städte und Gemeinden in den politischen Fokus gerückt werden.
- Ob ökologische Bauweise, bezahlbare Mieten oder Barrierefreiheit – die Anforderungen an modernes Wohnen sind hoch. Viele Kommunen tun sich schwer damit, den wohnungspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. In zu vielen Kommunen existieren keine Wohnungsunternehmen in kommunaler Hand und wenn doch, nehmen ihnen – insbesondere den kleinen unter ihnen in der Fläche des Landes – horrenden Altschulden selbst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung oft sämtliche Spielräume. Mit einem Altschuldenschnitt und einer Landeswohnungsbaugesellschaft müssen Städte und Gemeinden daher wieder handlungsfähig gemacht werden.

5 WORÜBER SPRICHT BERLIN?

- Der stadtpolitische Neustart muss auch beim gemeinwohlorientierten Neubau gelingen. Für Baustoffproduktion und Baukapazitäten im Sinne einer neuen Bauhütte 2.0 gilt es, regionale Wirtschaftskreisläufe zu mobilisieren: Ähnlich den kollektiv organisierten Material- und Wissensdepots, die es seit dem Mittelalter gab – vielerorts zur dauerhaften Sicherung von Sakralbauten –, könnten (Selbst-)Baugenossenschaften gestärkt und Baukapazitäten jenseits des kapitalistischen Wettbewerbs gefördert werden, um die solidarische Stadtproduktion zu unterstützen. Moderne Baumethoden wie 3D-Bauteildruck könnten als öffentliche Infrastruktur nicht nur den innovativen und gemeinwohlorientierten Neubau, sondern auch das klimafreundliche Baustoffrecycling fördern.
- Neubaupolitik ist Klimapolitik und deshalb fordern immer mehr Akteure – von den Architektenkammern bis hin zu Stadtteilinitiativen – Abrissverbote und integrierte Stadtentwicklung, Vorkaufsrechte und Innenentwicklung statt immer neuer Stadtquartiere auf der grünen Wiese mit immenser Neuversiegelung. Es braucht viel mehr Stadtplanung als bislang, und mit dem Planungsrecht gilt es, den Stadtraum für öffentliche Aufgaben zurückzugewinnen, statt wie bislang fast ausschließlich auf verbliebenen landeseigenen Grundstücken Stadterweiterungen in Insellagen zu betreiben.
- Eine neue Stadtpolitik lebt heute von neuen Bündnissen mit kommunalen Trägern und gemeinwohlorientierten Akteuren. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen gegründet worden, um die Gemeinwohlorientierung der Stadtpolitik wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Daran knüpft die linke Forderung nach der Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit unmittelbar an.
- DIE LINKE Berlin setzt den Sachzwängen der Investorenpolitik Bürgerbeteiligung und Partizipation entgegen. Um eine Stadt mit allen und für alle zu planen, ist es notwendig, die NIMBY-Logik³ zu beenden und Anwohnerproteste sowie Nachbarschaftsinitiativen nicht als Störenfriede zu verunglimpfen, sondern zu Stadtproduzenten zu machen und produktiv einzubeziehen in eine kooperativ entwickelte Stadtpolitik. Die Stadt mit den Menschen und nicht gegen sie weiterzuentwickeln ist das Credo der LINKEN in Berlin. Dafür hat sie Leitlinien formuliert, die bundesweit Vorbildcharakter genießen.
- Seit dem erfolgreichen Volksentscheid in Berlin für die Freihaltung des Tempelhofer Flugfelds 2014 wird der öffentliche Raum der Stadt neu verhandelt. Mit der Pandemie erfährt er als sozialer Raum, der allen gehört, neue Aufmerksamkeit. Während die Regierungsparteien um ein Kleingartenflächensicherungsgesetz ringen, wird auch ein neuer Pakt für die Grünflächen der Hauptstadt gefordert. Ähnlich dem Dauerwaldvertrag, der im Zuge der Entstehung von Groß-Berlin 1915 zur Sicherung der Berliner Waldflächen geschlossen wurde, fordern Umweltaktive die gesetzliche Sicherung aller Grünflächen.
- Stadtpolitik ist Bodenpolitik. Deshalb müssen über Erbbaurechte und Bodenrechte neue Trägermodelle und Stadtpartnerschaften vorangetrieben werden. Der Runde Tisch Liegenschaftspolitik wurde in Berlin mit der Forderung nach dem Ende der Grundstücksprivatisierungen im Zuge der haushaltspolitischen Sanierungspolitik nach dem Berliner Bankenskandal gegründet. Grundstücksbe-

wertungen und Bodenpreisregime gehören für eine neue Stadtpartnerschaft ebenso zur Diskussion gestellt wie eine neue Bodenbevorratungspolitik und Vergaben an gemeinwohlorientierte Dritte zu vergünstigten Konditionen.

- Stadtpolitik beginnt beim Boden und seiner Verteilung für die Nutzungs- und Zweckbestimmungen einer Stadt. Berlins Flächennutzungsplan von 1994 ist vollkommen überholt. Planungstheoretisch und -praktisch ist Berlin noch immer zweigeteilt: In Westberlin gilt nach wie vor der Baunutzungsplan von 1958 und in Ostberlin wird weitgehend nach Paragraf 34 Baugesetzbuch im «unbeplanten Innenbereich» geplant. Darüber liegen hier und da Masterpläne aus den 1990er Jahren und zahlreiche uralte Bebauungspläne für Grundstücke, die etliche Male die Besitzer*innen gewechselt haben. Hier muss ordentlich ausgemistet werden.
- Seit vier Jahren erlebt Berlin immer wieder neue Hausbesetzungen. Die drei Regierungsparteien verabredeten sich, perspektivisch eine neue Berliner Linie der Vernunft gegen die Räumung von Besetzungen von spekulationsbedingten Leerständen zu etablieren. Ähnlich wie in anderen europäischen Metropolen gilt es, im Zeitalter der Finanzmarkt- und Immobilienspekulation auch in Berlin die soziale Nutzung gegen den Leerstand zu stellen.
- Wie etliche andere Großstädte weltweit ringt die Berliner Landesregierung seit Jahren um eine stadtpolitische Ausrichtung als «Smart City». Da sich hiermit enorme privatwirtschaftliche Investitionen in Stadtentwicklungsprojekte verbinden und die Stadt somit gleichsam datenpolitisch, aber auch stadtentwicklungspolitisch vor völlig neue Herausforderungen stellen, ist dies eines der großen Themen unserer Zeit, das auch Fragen nach Mietpolitik und stadträumlicher Verdrängung auf die Tagesordnung bringt.

6 FAZIT: IBA WAR GESTERN – KOOPERATIVE RAUMPRODUKTION IST HEUTE

Bevor eine IBA-Debatte überhaupt geführt werden kann, müssen aus unserer Sicht folgende Fragen geklärt werden:

(1) Wie werden die vorhandenen, ungenutzten Bauwerke reaktiviert? Wie kann die vorhandene Siedlungsstruktur in Berlin und Brandenburg intensiver genutzt werden, sodass die immer noch wachsende Flächennachfrage innerhalb der teils jahrhundertealten Siedlungstypologie gestillt wird? Es geht um eine Reduzierung leer stehender, teils stark sanierungsbedürftiger Bauwerke, darunter Gehöfte und verlassene Plattenbauten in Kleinstädten, an einigen Stellen auch um einen Ersatzneubau innerhalb des vorhandenen Siedlungsbilds. Insofern könnte eine IBA, die sich nicht auf das Bauen konzentriert, sondern auf den Umgang mit dem IBA- und Bauerbe, das Renovieren, Sanieren und Bauen im Bestand zum Hauptthema machen und die Potenziale teils leer gefallener Orte und Regionen in Brandenburg, aber auch Leerstand und Brachen im Berliner Siedlungsgebiet aufzeigen.

(2) Wie gehen wir mit der Rückkehr ins Ländliche und in die Kleinstädte, mit dem Hinausziehen aus der dichten, in den letzten Jahren hyperverdichteten Stadt ins Grüne um, ohne die Fehler der Suburbanisierung der 1970er bis 1990er Jahre zu reproduzieren? Angesichts der Hitze- und Dürresommer sowie aktuellen und zukünftigen Pandemien gewinnt das Thema der gleichmäßigeren raumordnenden Verteilung der Bevölkerung durch eine Rückgewinnung verlassener ländlicher Räume, die einseitig durch Marktkapitalisierung als Ag-

rarindustrie- und Energiegewinnungsregionen missverstanden wurden, neue Aktualität.

(3) Wie meistern wir die Herausforderung, ländliche Räume in einem positiven Sinne zu repolitisieren? Jenseits von Pauschalurteilen und Ressentiments über die Anfälligkeit der ländlichen Bevölkerung gegenüber extrem rechten Parteien, jenseits eines von oben aufgedrängten landesplanerischen Rezepts gegen die Zersiedelung könnten Reallabore für die Zukunft des Zusammenlebens geschaffen werden. Hier träfen Alteingesessene und Zugezogene in einem Graswurzelprozess aufeinander, in dem sie als Expert*innen ihres Raums diesen selbstbestimmt gestalten – ohne auf die Funktion als Ventil für die überlastete Metropole Berlin reduziert zu werden. Nicht Tabula rasa, sondern behutsame Erneuerung überkommener und Bewahrung bewährter Strukturen stünden dabei im Mittelpunkt. Aufgabe der «Nicht-Bau-IBA» in diesem Prozess müsste es sein, dem im ganzheitlichen Sinne Raum zu geben und auf diese Weise einen Entwicklungsansatz jenseits vermeintlicher Sachzwänge einer durchkomodifizierten Stadt- und Raumplanung zu ermöglichen.

(4) Wie schaffen wir es, direkte Partizipation und Aneignung in Raumstruktur- und Raumordnungsprozessen der beiden Länder gemeinsam zu ermöglichen sowie kleinteilige Veränderungen zu einem Mosaik der Metropolregion Brandenburg-Berlin zusammensetzen, damit diese – ohne große Bauexponate und Ikonen von Stararchitekten – Schwarmorte des ländlichen und kleinstädtischen Lebens in einem größeren Metropolenkontext initiieren?

(5) Wie gelingt es, die zunehmend durch Privateigentumsverhältnisse begrenzten Entwicklungs- und Aneignungsmöglichkeiten der Städte und Kommunen zu entfalten? Das Problem ist nicht der fehlende Ideenreichtum der Berliner*innen und Brandenburger*innen für solidarische Wohn- und Lebensformen, es ist das Privat- und Unternehmenseigentum an Wohnungen und Boden, das diesen Entwicklungen entgegensteht. Diese Fragen können zwar durch unterschiedliche Akteure diskutiert und Modelle entwickelt werden, entschieden werden kann die grundlegende Frage der Eigentumsverhältnisse jedoch nur politisch.

→ Die stadt- und raumpolitischen Themen und Diskussionen liegen auf dem Tisch und längst arbeiten etliche Initiativen an einem Paradigmenwechsel in Stadtplanung und Stadtpraxis. Deshalb sagen wir: Berlin und Brandenburg brauchen keine x-te IBA, die sich mit bauwilligen Lobbyist*innen vermählt. Die Städtebaudebatte muss weg vom leiernd vorgetragenen «alternativlosen» Konzept, man müsse nur ausreichend neu «bauen, bauen, bauen». Die gemeinsame Diskussion um Stadtproduktion in Stadt und Land muss zwischen Berlin und Brandenburg weiter ausgebaut und alternative Raumproduzent*innen müssen für eine gemeinwohlorientierte Allianz gewonnen werden.

Die vorliegende Initiative der Architektenkammern für eine IBA Berlin-Brandenburg 2020–2030 lehnen wir deshalb ab. Berlin und Brandenburg leiden nicht unter Ideenmangel. Es gibt genug zu diskutieren – gemeinsam mit Stadtinitiativen in einer kooperativ verstandenen Entwicklung von Stadt und Region. Es geht darum, die Ansätze des neuen Munizipalismus international zu vergleichen und regional zu evaluieren. Unsere Aufgabe wird es sein, nach der Forderung und dem Versprechen «Wir geben euch die Stadt zurück!» zu evaluieren, wie weit wir in den letzten Jahren gekommen sind. Vollzugsdefizite sind anzunehmen, aber es gibt auch schon Erreichtes. Darauf sollte eine Debatte um Sinn oder Unsinn

einer IBA aufbauen und darüber bleiben wir selbstverständlich im Gespräch und bringen uns weiterhin konstruktiv in Debatten um zeitgenössische Fragen des Städtebaus und der Raumentwicklung ein. Sollten diese Entwicklungen weiterhin keine Berücksichtigung bei der Planung finden, lehnen wir eine IBA Berlin-Brandenburg 2020–2030 auch weiterhin klar ab.

Katalin Gennburg ist Mitglied der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und Sprecherin für Stadtentwicklung, Tourismus und Smart City. Isabelle Vandré ist wohnungs- und mietenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag.

1 Vgl. Burckhardt, Lucius: Wer plant die Planung?, Berlin 2004. **2** WWF – World Wide Fund For Nature: Klimaschutz in der Beton- und Zementindustrie. Hintergrund und Handlungsoptionen, Berlin 2019, S. 5. **3** Das Akronym NIMBY steht für Not In My Backyard und damit sinnbildlich für diejenigen, die ihren eigenen Hinterhof oder Garten gegen bauliche Veränderungen verteidigen und damit städtebauliche Veränderungen verhindern. Als Schimpfwort soll die Bezeichnung zum Ausdruck bringen, dass Individualinteressen gegenüber Gemeinwohlpolitik zurückzustehen haben. Allerdings disqualifiziert es dadurch jeden Bürgerprotest und schließt Verhandlungsräume darüber, was Gemeinwohlorientierung in den konkreten Fällen überhaupt sein soll.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 2/2021 erscheint online
und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: April 2021
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.